

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 11/2024 vom 14.03.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Michalik: Die Nachrichten vom Tod der PiS sind stark übertrieben. So lenken sie Euch ab*
- *Polen tritt aus dem internationalen Vertrag über konventionelle Streitkräfte aus*
- *Die Proteste der Landwirte werden von einer Koalition gegensätzlicher Interessen organisiert*
- *Was sagt der Pfarrer, was die Blase. Wie Hołownia in der Sache Abtreibung herumlaviert*
- *Kanzler Scholz verlor seine Unschuld und verdiente keinen Rubel dabei*
- *Hinter den neuen „Diktatoren“ versteckt sich ein Putin. Was assoziieren Trump und die PiS mit dem Tod Nawalnys?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Michalik: Die Nachrichten vom Tod der PiS sind stark übertrieben. So lenken sie Euch ab



Quelle: natemat.pl

Von **Eliza Michalik**

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass die Nachricht vom Tod der PiS stark übertrieben ist. Ich muss das sagen, weil ich zu viele Kommentare in der Öffentlichkeit sehe und lese, deren Hauptaussage lautet: „Gut, es war, was es war, aber jetzt lasst uns in die Zukunft schauen und die PiS normal behandeln“. Das ist ein Irrtum.

Natürlich bin ich traditionell der Meinung, dass die Wurzel des Problems bei diesem Ansatz in einem Teil der Medien liegt - demselben Teil, der die großen Verbrechen der PiS relativiert hat und nun sein Bestes tut, um sie in Vergessenheit geraten zu lassen oder (das ist eine ebenso wirksame Methode) zu verwässern, indem es künstliches Informationsrauschen erzeugt.

Das Informationsrauschen ist eine Situation, in der die „Transmissionsriemen“ der russischen und der PiS-Desinformation, d. h. bestimmte Medien oder Einzelpersonen, die in scheinbar normalen, demokratischen Redaktionen platziert sind, völlig unwichtige, wenn auch sensationell klingende Themen aufblasen, gerade in dem Moment, in dem etwas sehr Wichtiges für Polen geschieht.

Das mag harmlos erscheinen (wir alle neigen dazu, unsere Resistenz gegen Manipulation zu überschätzen), aber es ist ein falscher Eindruck. Er führt dazu, dass wir die Fähigkeit verlieren, zwischen

Dingen zu unterscheiden, die wichtig sind, und solchen, die nur vorgeben, wichtig zu sein und nach Aufmerksamkeit schreien.

Was geschah, als die Welt Sikorski lobte?

Als der Leiter des polnischen Außenministeriums, Radosław Sikorski, seine historische Rede vor dem UN-Sicherheitsrat hielt und die Lügen des russischen Botschafters, der das Propagandanarrativ des Kremls präsentierte, außerordentlich scharfsinnig und kompromisslos bewertete, machte eine „Affäre“ mit einem bei der PO beschäftigten politischen Analysten auf dem polnischen „X“ die Runde. Sein „Verbrechen“ bestand darin, dass er die PiS und die Gruppierung Hołownia auf einem privaten anonymen Konto kritisierte.

Die ganze Welt lobte Sikorski, Bloomberg schrieb über seine „unflätige Sprache“, seinen Sinn für Humor und seine Arroganz, die im Umgang mit dem Vertreter Russlands unerlässlich sind, während in Polen die PiS versuchte, die Aufmerksamkeit der Menschen auf etwas ganz anderes zu lenken.

Dafür gibt es einen Grund: Wie Bloomberg zu Recht feststellte, hat der polnische Minister Putins Russland einen ungewöhnlich scharfen und energischen Schlag versetzt, der nicht nur dem Kreml nicht gefällt, sondern auch seinen europäischen politischen Verbündeten, zu denen die PiS gehört.

Nicht nur Minister Sikorski, sondern auch Premierminister Donald Tusk führen eine beispiellose diplomatische Offensive durch, die unerwartet schnell die Inkompetenz und Nachlässigkeit der PiS wettmachen soll. Dabei handelt es sich nicht (wie bei Kaczyńskis Partei üblich) um reine Imagepflege.

Was der Leiter des Außenministeriums und der Ministerpräsident tun, verbessert tatsächlich den Zustand der polnischen Sicherheit und die Position Polens in der Welt. Die zahlreichen Auslandsbesuche des Premierministers, die Reaktivierung des Weimarer Dreiecks, die Stärkung der Beziehungen zu den baltischen Staaten und der Tschechischen Republik, die konkrete diplomatische und politische Unterstützung für die Ukraine und die starke Opposition gegenüber Russland - das sind Schritte, die sich in mehr Sicherheit für uns niederschlagen werden.

Nimmt man noch die 600 Milliarden Zloty vom Nationalen Wiederaufbauplan und Kohäsionsfonds hinzu, die von der EU nach Polen fließen sollen (sie wurden durch die Aktionen von *Solidarna Polska* und PiS blockiert), wird klar, warum die PiS mit Russland so aggressiv versucht, Chaos und einen internen Krieg in Polen zu verursachen.

Die PiS hat viele (eigentlich fast alle) der gleichen Ziele wie Russland: Sowohl die PiS als auch Russland wollen Polen aus der EU herausführen und seine Position in der NATO schwächen, sowohl die PiS als auch Russland wollen die Schwächung unserer internationalen und diplomatischen Position, ein verklavtes, in Ketten gelegtes Volk, das seiner bürgerlichen Freiheiten beraubt ist, sowohl die PiS als auch Russland wollen den Terror des religiösen Fanatismus, Chaos, Hass, Armut, Bürokratie und Diktatur – denn nirgendwo ist es besser, als unter solchen Bedingungen, zu stehlen und schmutzige Geschäfte zu machen.

Wenn also die PiS und Russland versuchen, Ihre Aufmerksamkeit abzulenken, sollten Sie ihnen nicht folgen, sondern sich umsehen und sehen, was sie zu vertuschen versuchen.

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/544565,michalik-wiesci-o-smierci-pis-sa-grubo-przesadzone-oto-dlaczego>



**WOLLEN SIE JUNG UND REICH SEIN?
WIR HABEN EIN ANGEBOT.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Polen tritt aus dem internationalen Vertrag über konventionelle Streitkräfte aus



Quelle: wyborcza.pl

„Angesichts der Bedrohung müssen wir eine viel größere Armee aufbauen, als es die Bestimmungen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa zulassen“, meint General Tomasz Bąk, ehemaliger Kommandeur der 21. Schützenbrigade in Rzeszów.

Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ist seit 1990 in Kraft. Er wurde in Paris geschlossen und war eines der Dokumente, die die Zeit des Kalten Krieges beendeten. Er führte Rüstungsbeschränkungen auf dem europäischen Territorium der NATO und der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten ein.

Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa

Mit dem Vertrag wurde das Konzept der so genannten „Anwendungszone“ eingeführt, die die Festlandterritorien der Vertragsstaaten zwischen dem Atlantik und dem Ural umfasst. Der Vertrag umfasste auch die Inseln Franz-Josef-Land, Nowaja Semlja, Svalbard, die Bäreninsel, Madeira, die Azoren und die Kanarischen Inseln. Die Anwendungszone umfasste auch fast das gesamte Gebiet der Türkei. Die Vertragsparteien verpflichteten sich, die Anzahl der einzelnen Rüstungsgüter zu begrenzen, und Staaten, die ihre Rüstungsbestände überschritten, wurden gezwungen, diese unter internationaler Aufsicht zu vernichten.

„Jeder Vertragsstaat erfüllt die in diesem Vertrag enthaltenen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit seinen Bestimmungen, einschließlich derjenigen, die sich auf die folgenden fünf Kategorien von

konventionellen Streitkräften beziehen: Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber“, so lauten die Bestimmungen des Vertrags.

Der Vertrag geht auch davon aus, dass quantitative Rüstungsbeschränkungen und die Verpflichtung zur Übermittlung detaillierter Informationen über die Fähigkeiten der Streitkräfte sowie die Überprüfung dieser Informationen dazu beitragen werden, die Wahrscheinlichkeit eines unerwarteten bewaffneten Angriffs und der Einleitung groß angelegter Operationen zu verringern.

„Eine modifizierte Version des Vertrags wurde schließlich auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul im Herbst 1999 unterzeichnet. Es ist erwähnenswert, dass die darin angenommenen Grenzen immer noch über den realen Rüstungsbeständen der Unterzeichnerstaaten nach den seit dem Ende des Kalten Krieges sukzessive erfolgten Reduzierungen lagen. So sah der KSE-Vertrag in seiner neuen Fassung für Polen 1730 Panzer und 2150 Schützenpanzer vor (davon 1362 bzw. 1924 direkt in Einheiten, der Rest in Depots), für Deutschland 3444 Panzer und 3281 Schützenpanzer“, berichteten Analysten des Zentrums für Oststudien.

Krieg in der Ukraine. Polen stellt seine Aktivitäten im Rahmen des Vertrags ein

Angesichts des russischen Vorgehens und seiner Aggression gegen die Ukraine scheint die Gültigkeit dieses Vertrags in Vergessenheit geraten zu sein. Bereits im Mai 2023 beschloss die Duma einstimmig, den Vertrag zu kündigen. Der Antrag auf offizielle Kündigung wurde von Präsident Wladimir Putin gestellt. Tatsächlich ist Russland aber bereits seit Juli 2007 nicht mehr Teilnehmer des KSE-Vertrags, als es die Umsetzung der Bestimmungen einseitig aussetzte. Daraufhin gaben die NATO-Staaten eine Absichtserklärung zur Aussetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa ab.

„Seit dem 7. November 2023 ist Russland formell nicht mehr Vertragspartei dieses Abkommens. Unter diesen Bedingungen, die eine grundlegende Änderung der Umstände gegenüber denjenigen darstellen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses internationalen Abkommens bestanden, kann die Republik Polen nicht verpflichtet bleiben, den KSE-Vertrag zu erfüllen“, teilte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit.

Polen hatte angekündigt, dass es formelle Schritte zur Aussetzung des KSE-Vertrags unternehmen wird. Der Bericht des Nationalen Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Gesetzentwurf der Regierung zur Änderung des Geltungsbereichs des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa soll am 6. März während einer Sitzung des Sejms verlesen werden.

General Tomasz Bak: Wir müssen eine viel größere Armee aufbauen

„Infolge der Aussetzung der Anwendung des KSE-Vertrags ist die Republik Polen wie die anderen Bündnispartner weiterhin förmlich an den Vertrag gebunden, aber nicht verpflichtet, seine Bestimmungen anzuwenden“, heißt es in der Begründung der Resolution.

Und weiter: „Unter den Bedingungen der Nichtteilnahme der Russischen Föderation am KSE-Vertrag und damit dem Fehlen jeglicher Beschränkungen für die Streitkräfte der Russischen Föderation gibt es für die Republik Polen derzeit keinen Grund, die im Vertrag enthaltenen quantitativen Beschränkungen für konventionelle Waffen in den Streitkräften der Republik Polen einzuhalten und ihrer Verpflichtung zur Notifikation und zum Informationsaustausch über ihre militärische Ausrüstung nachzukommen.“

„Angesichts der Bedrohung müssen wir eine viel größere Armee aufbauen, als es die Vertragsbestimmungen erlauben. Wenn wir uns aus dem Vertrag zurückziehen, haben wir keine Grenzen durch internationale Vereinbarungen. Dieses Dokument war das einzige, in dem die Möglichkeit, konventionelle Streitkräfte zu haben, begrenzt wurde“, erklärt General Tomasz Bąk.

Zsfg.: AV

<https://rzeszow.wyborcza.pl/rzeszow/7.34962.30768905.wycofujemy-sie-z-miedzynarodowego-traktatu-o-konwencjonalnych.html>

Die Proteste der Landwirte werden von einer Koalition gegensätzlicher Interessen organisiert



Quelle: wyborcza.pl

Von **Janusz A. Majcherek**

Die Summe der partikularen und oft widersprüchlichen Interessen wird keine Gemeinschaft schaffen. Eine solche Gemeinschaft kann, wie die Wortherkunft nahelegt, nur durch das Gemeinsame aufgebaut und gefestigt werden.

Der Autor ist Professor für Philosophie und Soziologie, Dozent an der WSB-Akademie.

Einige Beobachter und Kommentatoren sind von den Protesten und Straßenblockaden überrascht, weil sie Vertreter gegensätzlicher Interessengruppen zusammenbringen. Neben Landwirten, die eine Genehmigung für den Einsatz von Pestiziden zum Schutz ihrer Kulturen fordern, gibt es auch Imker, obwohl die Bienen durch chemische Spritzmittel getötet werden. Den Landwirten stehen die Jäger gegenüber, die verpflichtet sind, den Landwirten den Schaden zu ersetzen, den das Wild unter der Schirmherrschaft der Jagdvereine verursacht. Die Eigentümer von Getreideanbauflächen, die sich über niedrige Ankaufspreise infolge der Überproduktion beklagen, wehren sich gegen Vorschläge, einen Teil der Anbauflächen aus dem Verkehr zu ziehen, was das Angebot verringern und damit die Preise steigen lassen könnte. Und die Forderung, den Handel mit der Ukraine zu blockieren, obwohl Polen einen erheblichen Überschuss im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit der Ukraine hat, ist ein wirtschaftlicher Schuss ins Knie.

Es handelt sich nicht um eine Gemeinschaft konvergierender Interessen, sondern um einen Zusammenschluss nicht nur partikularer, sondern auch negativer und destruktiver Ziele: den Green Deal zu

untergraben, Importe aus der Ukraine zu verhindern, die Grenze zu blockieren, den Wettbewerb auf dem Agrarmarkt einzuschränken. Im Gegenzug erhebt sie Ansprüche auf den Rest ihrer Mitbürger, die dafür mit höheren Preisen, Vergiftung mit Pestiziden, Verschlechterung der Lebensbedingungen in ihrer Umgebung und gefährlichen Klimastörungen bezahlen sollen.

Die PiS hat während ihrer zwei Legislaturperioden während der Herrschaft die Gemeinschaft zerstört, indem sie sie in zwei feindliche politische Lager gespalten hat. Die neue Regierungskoalition hat sich – durch ihre eigenen Führer – die Aufgabe gestellt, die Einheit wiederherzustellen. Diese Absicht könnte jedoch durch eine Offensive der Partikularismen vereitelt werden, die, wenn sie nicht gestoppt wird, die Gemeinschaft in noch mehr gegensätzliche und zumindest in einigen Teilen feindliche Gruppen aufspalten wird. Dies wird geschehen, wenn die Machthaber dem Druck der Partikularinteressen nachgeben und bereit sind, diese auf Kosten des Gemeinwohls zu befriedigen.

Landwirte, Bergleute, Besitzer von qualmigen Autos – das sind nur Beispiele für eigene Interessen, die oft dem Wohl der Allgemeinheit zuwiderlaufen. Denn die Erfüllung ihrer Forderungen bedeutet eine Verschlechterung oder Aufrechterhaltung schädlicher Lebensbedingungen für alle. Und dann gibt es noch die Verfechter der NIMB-Doktrin (Not In My Backyard), die egoistisch jegliche Infrastrukturinvestitionen in ihrer Nachbarschaft blockieren, die allen zugutekommen sollen, einschließlich der Verbesserung ihrer Lebensqualität.

In der Demokratie geht es darum, den Willen der Mehrheit umzusetzen und gleichzeitig die Rechte der Minderheit zu wahren. Diese Rechte dürfen aber nicht bedeuten, dass partikuläre Ansprüche oder Forderungen auf Kosten der Mehrheit befriedigt werden. Religiöse Minderheiten haben (ebenso wie die Mehrheit) nicht das Recht, die Unterwerfung aller Mitbürger unter ihre doktrinären Forderungen zu fordern, berufliche Minderheiten können ihre Arbeitsnormen nicht allen aufzwingen, Erzeugerminderheiten verlangen Privilegien auf Kosten der Verbraucher, transaktionale Minderheiten fordern Regelungen, die ihre Forderungen um den Preis der Zerstörung der Vertragsfreiheit erfüllen.

Eine saubere Umwelt, saubere Luft, gesunde und preiswerte Lebensmittel, ein einfacher und gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, die Freiheit, auf einem freien Markt freiwillige Geschäfte zu tätigen, gleiche und faire Wettbewerbsregeln, allgemeine und gerechte Steuern und andere kollektive Leistungen – das sind die Grundlagen eines nachhaltigen Gemeinwesens. Parteiliche Ausschlüsse und Ausnahmen, das Nachgeben gegenüber dem Druck von Interessengruppen, die Verurteilung der Mehrheit, um egoistischen Minderheiten nachzugeben, das Brechen von Regeln zugunsten lauter und aggressiver Kollektive – das sind nur Beispiele dafür, wie ein Gemeinwesen zerfällt, aufgebrochen und gespalten wird.

Wenn wir eine Bürgergemeinschaft schaffen und festigen (wollen), muss diese überparteilich sein, d. h., jeder muss etwas von seinen parteipolitischen Interessen zugunsten der Gemeinschaft opfern. Nicht andersherum.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30769417,rolnicze-protesty-to-koalicja-sprzecznych-interesow.html>

Was sagt der Pfarrer, was die Blase. Wie Hołownia in der Sache Abtreibung herumblaviert



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von **Agnieszka Wiśniewska**

Vier Gesetzentwürfe zum Recht auf Abtreibung sind im Sejm anhängig. Die Abgeordneten werden sich am 11. April mit ihnen befassen. Die Linke spricht von der „Kältekammer“, in die sie geschickt worden sind. Hołownia von der Abkühlung der Atmosphäre. Doch in Wirklichkeit - so Kasia Przyborska – „heizt Szymon Hołownia die Atmosphäre rund um die reproduktiven Rechte der Frauen auf, damit er das Thema als heiß und politisch bezeichnen und darauf warten kann, dass es sich abkühlt“. Ich habe verfolgt, was der Präsident des Sejms, Szymon Hołownia, der für die Tagesordnung zuständig ist, letzte Woche über diese Projekte gesagt hat.

Montag: Wir

Als er am Montag zusammenfasste, woran der Sejm in der laufenden Sitzungsperiode arbeiten wird, sagte er, dass er die Arbeit an den Gesetzesentwürfen zum Schwangerschaftsabbruch geplant habe. Er versicherte, dass er es für möglich halte, das Ziel zu erreichen, nicht alle vier in der ersten Lesung zu verabschieden, sondern dass sie „durch die Emotionen vor den Wahlen im Plenarsaal abgelehnt werden könnten“. Was hat er noch gesagt? Zum Beispiel, dass wir am Montagabend - nach Diskussionen in den Fraktionen – „entschieden werden“, in welchem Modus wir mit diesen Projekten fortfahren. Er benutzte konsequent die Form „wir“.

Dienstag: Ich

Am Dienstag erklärte der Sejmpräsident im Fernsehsender TVN24, er wolle nicht, dass alle Projekte daran scheitern, dass die Linken die eher rechten und die Rechten die linken Projekte überstimmen – „nur, weil jemand meint, dass er dadurch leichter Bürgermeister oder sein Kollege Bürgermeister oder Ratsmitglied werden kann“. Merken Sie sich dieses Argument, denn ich werde bald darauf zurückkommen.

Er fuhr fort: „Deshalb habe ich die Entscheidung getroffen, nach all diesen Konsultationen, Vermittlungen, um zu sehen, ob es irgendeine Chance gibt, dass [...] die Projekte des Abtreibungsgesetzes im Sejm weitergeführt werden...“ Er fügte hinzu, dass dies nach dem 11. April der Fall sein werde. Er betonte, dass er die Verantwortung dafür übernimmt. Und er wolle die Gesetzesentwürfe generell vorantreiben, aber erst nach der „Balgerei“ vor den Wahlen. Vor der Sejm-Sitzung am Mittwoch sagte er auf Nachfrage der Medien, dass es „Sache des Parlamentspräsidenten ist, über die Tagesordnung zu entscheiden“. Der Marschall sagte, es gebe eine Meinungsabstimmung über die Entscheidung des Marschalls. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die „Wir“-Erzählung in eine „Ich“-Erzählung verwandelt. Der Sejmpräsident entscheidet und basta.

Mittwoch: Der Pfarrer von der Kanzel

„Meine Aufgabe, so wie ich sie heute sehe, ist es, dafür zu sorgen, dass wir den Frauen zum Frauentag nicht einen Korb mit all den Projekten bringen, die dieses Gesetz ändern könnten. Und weil ich das Gefühl hatte, dass die Chance, dass das passiert, jetzt, in diesem Moment, in diesem Feuer, das wir haben, hoch ist, habe ich beschlossen, alles zu tun, was ich kann, innerhalb eines vernünftigen, realistischen Zeitrahmens von einem Monat, um diese Chance zu erreichen. Damit wir nicht mit einem Korb voller abgelehnter Gesetze zu den Frauen gehen.“ Der Parlamentspräsident sprach auch von der Gefahr, dass die Projekte der KO, der Linken oder des Dritten Weges abgelehnt werden, weil vielleicht jemand – „ganz symbolisch“, wie er betonte – „Angst davor hat, was der Pfarrer von der Kanzel sagt, und ein anderer wiederum Angst davor hat, was seine Twitter-Blase sagt“.

Das Argument ist wieder, dass jemand unter den Abgeordneten vor den Kommunalwahlen anders stimmen wird als nach den Wahlen, weil der Pfarrer, die Blase oder die Frage, ob jemand Dorfvorsteher wird, entscheiden wird. Es ist nur so, dass in einem Interview auf TVN24 am Dienstag, Hołownia gesagt hatte, dass die meisten Politiker, die im Sejm abstimmen, bei diesen Wahlen gar nicht antreten.

Vielleicht ist die Idee, dass weibliche Abgeordnete im Namen und im Interesse der Wählerschaft der Fraktionen abstimmen, die sich im Rennen um die Kommunalwahlen gegenüberstehen? Wenn dem so ist, dann macht Hołownias Argument Sinn - die Menschen im Sejm werden im Interesse der Parteien abstimmen, und der Vorsitzende möchte, dass sie im Interesse der Frauen abstimmen. Nach den Kommunalwahlen wird jedoch der Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament beginnen. Wie groß sind die Chancen, dass die gleichen Argumente nicht wiederkehren? Hołownia sagt ohne Umschweife, dass es keine Garantien gibt. Er versichert jedoch, dass er nach den Kommunalwahlen sagen kann: „Ich habe alles getan, was ich konnte.“

Versteht ihr das? Hołownia will das Gute tun. Er will, dass die Frauen nicht betrogen werden. Er und wahrscheinlich die Mehrheit seiner Partei werden dafür stimmen, dass die Gesetzesentwürfe bearbeitet werden. Es wird also nichts in dem Korb mit Gesetzen zum Frauentag landen, von dem er so blumig gesprochen hat. Wo liegt also das Problem? Die KO ist für die Liberalisierung des Rechts auf Abtreibung, die Fraktion der Linken ist dafür, Polen 2050 gibt grünes Licht für die Projekte. Geht es nur um die PSL? Hołownia deckt einen Koalitionspartner? Aber warum? Um bei den Kommunalwahlen kein Aufsehen um ihn zu erregen?

Donnerstag: Die aggressive Linke

Am Donnerstagmorgen erklärte Parlamentspräsident Hołownia, dass „das Verhalten der Linken konfrontativ und sehr aggressiv“ sei. Es wird erwartet, dass seine Entscheidung die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Abtreibungsvorschläge in der ersten Lesung nicht abgelehnt werden. Aber wer sollte sie ablehnen?

„Ich verstehe, dass jemand vielleicht die politischen Spiele nicht versteht“, sagte Hołownia. Politische Spielchen sind in den letzten Tagen zu beobachten gewesen. Der Marschall bekräftigt, dass es um das Wohl der Frauen geht, aber am Donnerstag erwähnte er, dass der „soziale Frieden“ und „das Wohl der Koalition“ wichtig seien.

Hołownia will, dass die Gesetzesprojekte in einen Sonderausschuss kommen. Und dann, so kündigt er an, werde er trotzdem gegen die Liberalisierung der Anti-Abtreibungsgesetze stimmen. Lassen Sie sich also nicht von den Erzählungen des Marschalls täuschen, er wolle alle vier Projekte retten und ihnen eine Chance geben, weiter geprüft zu werden. Es geht ihm darum, die Abtreibungsdebatte zu verschieben, sich als Held zu inszenieren, der den Zusammenhalt der Regierungskoalition gerettet hat, und den Frieden im Kommunalwahlkampf zu wahren. Bei der Gelegenheit redet er übrigens permanent über sich selbst. Der Sprecher muss für seine Ehrlichkeit gewürdigt werden. Zumindest wissen wir, dass es Hołownia auf Hołownia ankommt, und die Frauen müssen sich nach anderen Politikern umsehen, die sie unterstützen werden.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/co-powie-proboszcz-a-co-banka-jak-holownia-lawiruje-w-sprawie-aborcji/>

Kanzler Scholz verlor seine Unschuld und verdiente keinen Rubel dabei



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Bartosz T. Wieliński**

Bundeskanzler Olaf Scholz portioniert den Ukrainern seit zwei Jahren die Militärhilfe, weil er befürchtet, dass Russland Deutschland eine Beteiligung am Krieg vorwerfen könnte, was den Wählern seiner Partei nicht gefallen würde. Inzwischen haben die Russen Gespräche zwischen seinen Generälen zu diesem Thema mitgehört ...

Im Kreml müssen sie wirklich verzweifelt sein. Sie belauschten ein Gespräch zwischen General Ingo Gerhartz, dem Befehlshaber der Luftwaffe, und seinen Kollegen, die - anstatt sichere Kommunikationskanäle zu nutzen - eine Telefonkonferenz über eine zivile Software organisierten. Deutschland ist ein wichtiges Nato-Land, und wenn die Generäle sich einmal abhören ließen, konnte man es weiter versuchen. Während des Kalten Krieges zapften die Amerikaner und Briten die Telefondrähte zur UdSSR-Botschaft in Ost-Berlin an und hörten elf Monate lang Gespräche ab. Und in Russland wurde ein Gespräch zwischen NATO-Generälen mitgehört und zwei Wochen später in Russia Today veröffentlicht. Warum die Eile?

Vielleicht liegt das daran, dass Europa in den letzten Wochen zu der Überzeugung gelangt ist, dass es sich auf einen Krieg mit Russland vorbereiten muss. Wir müssen uns ernsthaft vorbereiten, uns mit der neuesten Ausrüstung ausstatten, uns mit unseren Verbündeten zusammenschließen und uns vor allem von der Illusion befreien, dass wir mit Russland auf zivilisierte Weise zusammenarbeiten können.

Der Kreml plant unterdessen, zu seiner früheren fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem Westen zurückzukehren, vorausgesetzt, er kann sich die Ukraine und Moldawien einverleiben und seine imperiale Einflussphäre in Mitteleuropa wiederaufbauen. Das weit verbreitete Gerede von einer Bedrohung durch Russland und einem unvermeidlichen Krieg steht solchen Plänen im Wege. In den veröffentlichten Abschriften eines Gesprächs zwischen deutschen Militärs hebt die russische Propaganda ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat hervor: „Wir führen einen Krieg, in dem viel modernere Technologien zum Einsatz kommen als die, die unserer alten Luftwaffe zur Verfügung stehen“. „Wir führen einen Krieg“. Russland behauptet seit 10 Jahren, dass der Krieg gegen die Ukraine in Wirklichkeit ein Krieg gegen die NATO ist. Und dass es die NATO ist, die nach vorne drängt, sodass Russland sich verteidigen muss. Deutsche Offiziere, die belauscht wurden, als sie sich fragten, wie viele Marschflugkörper nötig wären, um die Brücke von Kertsch zu zerstören, sollen die Behauptungen der russischen Propaganda bestätigen, dass es der Westen ist, der den Krieg will.

Krieg in der Ukraine. Bundeskanzler Olaf Scholz portioniert die Hilfe

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den Ukrainern in den vergangenen zwei Jahren die militärische Hilfe portioniert, weil er befürchtete, dass Russland Deutschland eine Beteiligung am Krieg vorwerfen könnte, was den Wählern seiner Partei nicht gefallen würde. Kürzlich verweigerte er aus diesem Grund die Übergabe von Taurus-Marschflugkörpern, mit denen die Ukraine die Logistik und das Kommando der russischen Armee, die sich auf eine Offensive vorbereitet, lahmlegen könnte.

Scholz hat sich so sehr bemüht, und die Kreml-Propaganda hat ihn trotzdem beschuldigt. Die Russen würden sagen: Er hat seine Unschuld verloren und keinen Rubel dabei verdient.

Die Befürchtungen von Scholz sind jedoch unbegründet. Denn alle zivilisierten Länder der Welt, auch Deutschland und Polen, beteiligen sich an diesem Krieg auf der Seite der sich verteidigenden Ukraine. Wir schicken keine Soldaten, aber wir spenden Ausrüstung, Munition, Geld, bilden die ukrainische Armee aus und unterstützen sie auf andere Weise. Wir tun dies aus einer einfachen Überlegung heraus: Wenn die Ukraine verliert, wird Russland hinter uns her sein.

Wenn das deutsche Militär das versteht, warum versteht es dann der deutsche Bundeskanzler nicht?

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,30759030,kanclerz-scholz-cnote-stracil-a-rubelka-nie-zarobil.html>

Hinter den neuen „Diktatoren“ versteckt sich ein Putin. Was assoziieren Trump und die PiS mit dem Tod Nawalnys?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Michał Rusinek**

Im Gegensatz zu Donald Trump weiß Jarosław Kaczyński sehr wohl, was er sagt. Er weiß auch, was er nicht sagt. Schließlich hat er nicht gesagt, dass die PiS-Regierungszeit eine sanfte Demokratie war. Er hat auch nicht gesagt, dass sie keine Diktatur war.

Der Tod des russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny hat eine große Welle von Kommentaren ausgelöst. Sie waren geprägt von Empörung, Besorgnis und Mitgefühl, und es gab auch kühle Analysen seiner Aussagen und Handlungen. Am interessantesten - vor allem aus logischer Sicht - waren jedoch die Assoziationen, die der Tod bei einigen Politikern auslöste.

Donald Trump brachte es auf der Plattform Truth Social ohne Umschweife auf den Punkt, ohne Mitleid zu bekunden oder jemanden zu verurteilen: „Der plötzliche Tod von Alexej Nawalny hat mir immer bewusster gemacht, was in unserem Land passiert.“ Es ist unklar, wie ein einzelnes Ereignis einen „immer bewusster machen“ kann, aber Grammatik und vor allem Logik sind nicht gerade die Stärken des ehemaligen US-Präsidenten. In den folgenden Sätzen beschrieb Trump, was seiner Meinung nach in Amerika geschieht: „Dies ist ein langsamer und stetiger Prozess, BETRÜGERISCHE, linke Politiker, Staatsanwälte und Richter, führen uns in den Untergang. Offene Grenzen, manipulierte Wahlen und grob ungerechte Gerichtsentscheidungen zerstören Amerika!“ („betrügerisch“ also „crooked“ ist eines von Trumps Lieblingswörtern).

Journalisten von Reuters versuchten herauszufinden, welche Parallelen er zwischen dem Tod Nawalnys und der Situation in den USA sieht, aber Trumps Pressedienst reagierte nicht auf eine Bitte um Klärung. Glücklicherweise gab Trump zwei Tage später dem Sender Fox News ein Interview, in dem er eine Entscheidung eines New Yorker Gerichts kritisierte, das ihn wegen Finanzbetrugs zu einer Geldstrafe von 354,9 Millionen Dollar verurteilt hatte, bevor er hinzufügte: „Es ist wie bei Nawalny“, der „ein sehr mutiger Mann“ gewesen sei. In der Tat wurde der russische Oppositionelle zunächst wegen angeblicher finanzieller Veruntreuung angeklagt (gefolgt von Missachtung des Gerichts, Gründung einer extremistischen Organisation und schließlich „Förderung des Terrorismus“). Aber es war eher er selbst, der finanziellen Unregelmäßigkeiten (oder genauer gesagt „Gauner und Diebe“) an der Spitze der russischen Regierung aufgespürt hat, so dass ich an Trumps Stelle keine Vergleiche anstellen würde. Aber Trump ist ein Spezialist für Anschuldigungen, und so fuhr er fort, dass wir es in den USA mit „einer Form von Kommunismus oder Faschismus“ zu tun hätten: „In vielerlei Hinsicht entwickeln wir uns zu einem kommunistischen Staat. Es gibt acht oder neun Klagen gegen mich, alles nur, weil ... ich ein Politiker bin.“ Das Trump-Interview wurde von Präsident Biden kommentiert: „Warum gibt Trump immer Amerika die Schuld? Putin ist für den Tod Nawalnys verantwortlich. Warum kann Trump das nicht einfach sagen?“ Nun, ich denke, es ist klar, warum.

Auch unsere eigenen Politiker haben uns nicht enttäuscht. Auf Twitter/X schrieb Mariusz Kamiński: „Alexej Nawalny ist nicht eines natürlichen Todes gestorben. Er wurde von Putins Regime ermordet, weil er die Korruption an der Spitze der Macht aufgedeckt hat. Wir dürfen seinen Tod nicht vergessen. Der 16. Februar sollte für alle Diktatoren ein Tag der Schande sein.“ Klingt vertraut, nicht wahr? Schließlich wurden Kamiński und Ważyk laut PiS nicht wegen Machtmissbrauchs in der Korruptionsbekämpfungsbehörde CBA verurteilt, sondern für „Aktionen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Korruption an der Spitze der Macht“ - wie Präsident Andrzej Duda sagte, der danach mehrfach zitiert wurde. Kamiński schrieb zwar nicht, dass auch er ein politischer Gefangener war und gefoltert wurde („Ohne jeden Grund wurde einem Mann, der einen Defekt in der Nasenscheidewand hat, ein Schlauch eingeführt, was große Schmerzen verursachte. Man hat ihn zwangsernährt, das ist Folter“, so Jarosław Kaczyński), aber er deutete an, dass Nawalny und er die gleiche Tätigkeit ausübten und wegen der gleichen Sache von den diktatorischen Behörden verfolgt wurden, die sie aufgrund absurder Anschuldigungen ins Gefängnis steckten. Kamiński wies nicht nur auf die Ähnlichkeiten zwischen ihm und Nawalny hin, die durch ein Zitat von Duda angedeutet wurden, sondern unterstellte auch, dass die derzeitigen Behörden in Polen diktatorischer Natur seien. Da Putin ein Diktator ist und Tusk sich (Kamiński gegenüber) wie Putin verhält, ist Tusk natürlich auch ein Diktator. Das ist das Argumentum ad Putinum.

Auch Jarosław Kaczyński spielte auf den Tod Nawalnys an - und auf eine Diktatur. So behauptete er bei einem Treffen in Opoczno, die PiS hätte die Parlamentswahlen verloren, weil ihre Gegner die Behauptung verbreiteten, während ihrer Herrschaft habe es eine Diktatur gegeben. „Was ist das für eine Diktatur, wenn die Opposition macht, was sie will, und es keine Zensur gibt,“ fragte er rhetorisch. Und er fügte hinzu: „In einer echten Diktatur könnten sie das Schicksal von Nawalny erleiden, der zweifellos ermordet wurde.“ Im Gegensatz zu Donald Trump weiß Jarosław Kaczyński sehr wohl, was er sagt. Er weiß auch, was er nicht sagt. Schließlich hat er nicht gesagt, dass die PiS-Regierungszeit eine sanfte Demokratie war. Er hat auch nicht gesagt, dass sie keine Diktatur war. Stattdessen sagte er, dass es keine richtige Diktatur war, denn wenn es sich um eine echte Diktatur gehandelt hätte, hätten die Oppositionsführer das gleiche Schicksal erlitten wie Nawalny. Diese Aussage war ein unbestimmter Sprechakt, da sie entweder als Herausforderung der Urteile der ehemaligen Opposition und der sie begünstigenden Medien über die PiS und ihre Herrschaft verstanden werden kann: „Ihr habt gesagt, es war eine Diktatur, aber das stimmt nicht: Es war keine echte Diktatur!“, oder als eine Art Drohung: „Seid froh, dass es keine echte Diktatur war, denn wenn es eine gewesen wäre, wäre euer Ende wie das von Nawalny gewesen“, oder schließlich als eine Art Eingeständnis der Niederlage: „Leider gab es keine Zensur, es gab immer noch Medien, die uns nicht wohlgesonnen waren, so dass es unmöglich war, sich an der Macht zu halten; es wäre anders gewesen, wenn wir hätten regieren können, wie man in Diktaturen regiert“. Wenn uns jemand, nachdem er sie gehört hat, beschuldigt, ihn bedroht zu haben (in diesem Fall sogar mit dem Tod), können wir immer sagen, dass er den Sprechakt falsch verstanden hat, der überhaupt keine Drohung war, sondern eine einfache

Zurückweisung einer falschen Anschuldigung. Wir zwinkern jedoch denen zu, die uns als Politiker sehen wollen, der, wenn er will, auch zu drohen weiß.

All dies sind Beispiele für die Instrumentalisierung des Todes von Alexej Nawalny, die auf eher peinlichen Assoziationen mit der jeweils eigenen Situation beruht: mit Vorwürfen des Finanzbetrugs, mit Haftstrafen wegen Machtmissbrauchs und mit verlorenen Wahlen. Es gibt kein Mitgefühl für die Angehörigen Nawalys und kein Nachdenken über die Folgen seines Todes: für Amerika und für Polen. Die Welt dieser Assoziationen endet an der Grenze des Eigeninteresses, des persönlichen und des politischen. Vielleicht sind diese Assoziationen ein Symptom der Angst (oder, wie im Fall von Kaczyński, der Wunsch, Angst zu erzeugen), und vielleicht ist sich die Psychologie solcher Symptome durchaus bewusst. Von Politikern würden wir jedoch mehr erwarten als ein Spiel mit Assoziationen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,175992,30747372,za-nowymi-dyktatorami-nawet-putina-da-sie-schowac-jak-pis.html#S.opinion-K.P-B.1-L.1.glowka>



Quelle: wyborcza.pl

„Die Verantwortung für das Schicksal einer westlichen Zivilisation, die auf Freiheit und Respekt für jeden Menschen beruht, liegt bei jedem Einzelnen von uns. Die Zeit der glückseligen Ruhe ist vorbei. Wir leben in neuen Vorkriegszeiten. Es ist nicht unsere Schuld, dass unser Alltagsvokabular wieder Wörter wie Kampf, Luftangriff, Raketenangriff, Genozid enthält. Europa wollte in der Nachkriegswelt leben und gedeihen. Wir stehen jedoch vor einer einfachen Wahl. Entweder wir verteidigen unsere Grenzen, unsere Territorien, unsere Prinzipien, im Grunde unsere Bürger und die künftigen Generationen, oder wir verlieren.“

Donald Tusk

Quelle: <https://wyborcza.pl/7,75399,30773875,donald-tusk-gwiazda-kongresu-europejskiej-partii-ludowej-w-bukareszcie.html#S.TD-K.C-B.9-L.1.duzy>

euronews.com

Aufruhr gegen Brüssel: Polen erlebt den bisher gewalttätigsten Bauernprotest

<https://de.euronews.com/2024/03/07/aufuhr-gegen-brussel-polen-erlebt-den-bisher-gewalttatigsten-bauernprotest>

tagesschau.de

Tagebau Turów in Polen: Urteil erst in einem Monat

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/sachsen/mdr-tagebau-turw-in-polen-urteil-erst-in-einem-monat-100.html>

ipg-journal.de

Illiberales Nachbeben

<https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/illiberales-nachbeben-7366/>

spiegel.de

Tusk fordert EU zu Sanktionen für Agrarprodukte aus Russland und Belarus auf

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/bauernproteste-in-polen-donald-tusk-fordert-eu-zu-sanktionen-gegen-russland-und-belarus-auf-a-d24b5dee-62b4-448f-a300-92b6d002c565>

tagesschau.de

Taxi statt Stethoskop

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/ukraine-fluechtlinge-arbeitsmarkt-104.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik